



**berliner hefte
und zu geschichte
gegenwart
der stadt**

Elske Rosenfeld
Kerstin Meyer
Joerg Franzbecker

5

Recherchen, Dokumente 1989–2017

Zur Verfassung

Berliner Hefte zu Geschichte und Gegenwart der Stadt #5
Zur Verfassung – Recherchen, Dokumente 1989–2017
Elske Rosenfeld, Kerstin Meyer, Joerg Franzbecker (Hg.)

Von Bürgerbewegungen der DDR zu Parteien (oder nicht), Entwicklung 1989–2017

Entstehen von Verfassungen in Berlin,
1989–1995

Volkssentscheide und Volksabstimmungen
in Berlin, 1990–2017

Vor 1989	1989	1990	1990	1990
1985 Die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) geht als Initiative aus einem Menschenrechtsseminar in Ost-Berlin hervor.	7. Dezember Der Zentrale Runde Tisch der DDR (ZRT) beschließt bei seinem ersten Treffen die Einsetzung einer Arbeitsgruppe Neue Verfassung.	2. Mai Die Bürgerbewegung Neues Forum fordert einen Volksentscheid über den Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches und sammelt dafür DDR-weit insgesamt 230.000 Unterschriften.		
1989 4. September Aufruf „Für eine Vereinigte Linke in der DDR“	1990 9.–10. September Gründungsauftruf des Neuen Forum (NF); 30 Erstunterzeichner*innen	12. März Die AG Neue Verfassung stellt beim letzten Treffen des ZRT ihre Gesichtspunkte für eine neue Verfassung der DDR vor.	22. Oktober Volksabstimmung über die überarbeitete Verfassung von Berlin; Ergebnis: angenommen	
	12. September Gründungsauftruf der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ); 12 Unterzeichner*innen	13. März – 4. April Die Redaktionsgruppe der AG Neue Verfassung stellt den Verfassungsentwurf des ZRT fertig.	5. Mai Volksabstimmung über die Länderfusion von Berlin und Brandenburg; Ergebnis: angenommen (nur in Berlin, keine Mehrheit in Brandenburg)	
	19. September Anmeldung der Gründung der Vereinigung NF in 11 der 15 Bezirke der DDR, offizielle Ablehnung des Antrags am 25. September	18. März Wählen zur Volkskammer; Gewinner ist die Allianz für Deutschland (AfD).	4. April Redaktionsgruppe der AG Neue Verfassung überreicht der Volkskammer zu ihrer ersten Sitzung den Verfassungsentwurf des ZRT.	2006 17. September Volksabstimmung über Verfassungsänderung zu Regelungen über Volksbegehren
	29. Oktober Offizielle Gründung des Demokratischen			

	Aufbruch (DA) mit dem Beschluss, sich bis Mai in eine Partei umzuwandeln	welcher von der Fraktion der AfD jedoch nicht an die Abgeordneten weitergegeben wird.	und Volksentscheid; Ergebnis: angenommen
2. Oktober	Vereinigte Linke (VL) gründet sich auf Grundlage des Aufrufs vom 4. September und hat bis Ende 1989 1.500 Mitglieder, vor allem in Berlin und Halle.	26. April Der Antrag von Bündnis 90/Grüne, den Verfassungsentwurf des ZRT zur Volksabstimmung zu bringen, wird in der Volkskammer abgelehnt.	2008 27. April Volksentscheid „Tempelhofer Flughafen“; Ergebnis: am Quorum gescheitert
8. November	Offizielle Zulassung des NF	2. Mai Die Bürgerbewegung Neues Forum fordert einen Volksentscheid über den Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches und sammelt dafür DDR-weit insgesamt 230.000 Unterschriften.	2009 26. April Volksentscheid über die Einführung des Wahlpflichtbereichs Ethik/Religion; Ergebnis: keine Mehrheit – gescheitert
18. November	Gründung der Grünen Liga (GL) als dezentrales Netzwerk; Gründungsaufrief einiger Teilnehmer*innen für eine Grüne Partei	6. Mai Bei den Wahlen zur Ostberliner Stadtverordnetenversammlung erreichen die SPD 34 %, PDS 30 %, CDU 17,7 % und das Bündnis 90 9,8 %.	2011 13. Februar Volksentscheid über die Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge bei den Berliner Wasserbetrieben; Ergebnis: Gesetzentwurf angenommen
24. November	Gründung der Grünen Partei (GP) der DDR	6. Juni Der von der Stadtverordnetenversammlung eingesetzte Ausschuss Einheit Berlin beginnt mit der Erarbeitung einer Ostberliner Verfassung.	
3. Dezember	Gründung des Unabhängigen Frauenverbands (UFV) beim Frauenkongress in der Volksbühne	4. Juli Erste Lesung des Verfassungsentwurfs der	
7. Dezember	NF, IMF, DJ, DA, VL, UFV, GP entsenden Teilnehmer*innen an den Zentralen Runden Tisch	16.–17. Dezember Offizielle Gründung des DA als Partei; programmatiche Umorientierung; linke	2013 3. November Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung; Ergebnis: am Quorum gescheitert

Gründungsmitglieder verlassen die Partei;
Angela Merkel wird Vorsitzende.

Ostberliner Stadtverordnetenversammlung

2014

11. Juli

Zweite Lesung des Verfassungsentwurfs
der Stadtverordnetenversammlung und
Beschluss der Verfassung

25. Mai

Volksentscheid über den Erhalt des Tempel-
hofer Feldes; Ergebnis: Gesetzentwurf
angenommen

1990

27.-28. Januar

Gründungskonferenz des NF in Berlin; nach
Auseinandersetzungen behält das NF seine
basisdemokratischen Strukturen bei, streicht
jedoch das Bekennnis zur Eigenstaatlichkeit
der DDR aus dem Programm. Nach Debati-
gen spaltet sich etwa ein Viertel der An-
hänger*innen des NF als Deutsche Forum-
partei (DFP) ab. Die DFP ging mit der
Wiedervereinigung in der FDP auf.

5. Februar

NF, DJ, DA, IMF, GL, GP, UVF und die
Sozialdemokratische Partei in der DDR
(SDP) entsenden je einen Minister ohne
Geschäftsbereich in die Regierung Modrow;
DA tritt dem Wahlbündnis Allianz für
Deutschland bei.

7. Februar

IMF, NF und DJ schließen sich zur Listen-
verbündung Bündnis 90 zusammen;
VL und die Partei Die Nekken schließen
sich zur Listenverbindung Aktionsbündnis
Vereinigte Linke (AVL) zusammen.

9. Februar

1. Parteitag der GP und formelle Gründung

Gründungsmitglieder verlassen die Partei;
Angela Merkel wird Vorsitzende.

Ostberliner Stadtverordnetenversammlung

2014

11. Juli

Zweite Lesung des Verfassungsentwurfs
der Stadtverordnetenversammlung und
Beschluss der Verfassung

25. Mai

Volksentscheid über den Erhalt des Tempel-
hofer Feldes; Ergebnis: Gesetzentwurf
angenommen

18. Juli

Die Berliner Zeitung veröffentlicht die Ost-
berliner Verfassung in voller Länge.

23. Juli

Die Ostberliner Verfassung wird verkündet
und tritt in Kraft.

23. August

Die beiden Ausschüsse (West und Ost) zur
Vorbereitung der Einheit der Stadt Berlin
beschließen, das erste gemeinsame Berliner
Abgeordnetenhaus mit der Überarbeitung
der Verfassung von 1950 – und nicht mit
der Erarbeitung einer neuen Gesamtberliner
Verfassung – zu beauftragen.

23. August

Die Volkskammer beschließt die Beitritts-
variante – also dass die DDR nach Artikel
23 des Grundgesetzes dem Geltungs-
bereich des Grundgesetzes beitreten wird.

30. August

Wolfgang Schäuble (CDU West) und
Günther Krause (AfD/CDU Ost) unter-
zeichnen den Einigungsvertrag. Eine parla-
mentarische Kommission soll später über

		"Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes" beraten.
18. März		
/ Volkskammerwahl		
Wahlergebnis: CDU 40,8 %, SPD 21,9 %, PDS 16,4 %, DSU 6,3 %, BFD 5,3 %, Bündnis 90 2,9 %, DBD 2,2 %, Grüne/UFGV 2,0 %. Bündnis 90 und Grüne Partei schließen sich in der Volkskammer zur Fraktion B90/Grüne zusammen.		
4. August		
DA fusioniert mit der CDU der DDR, mit der sie seit dem 18. März bereits in der Volkskammer eine Fraktionsgemeinschaft bildete. Diese vereinigt sich wiederum zwei Monate später, am 1. und 2. Oktober 1990, mit der westdeutschen CDU.		
2. Dezember		
/ Bundestagswahl		
IFM, NF, DJ, UFV, VL und die Partei Die Grünen schließen sich zur Listenvereinigung Bündnis 90/Grüne – BürgerInnenbewegung (B90/Grüne) zusammen. Diese erzielt 1,3 % und wird mit acht Mandaten nicht zu einer Fraktion, sondern zu einer Bundestagsgruppe.		
		/ Wahl zum Berliner AGH
		IFM, NF, DJ, UFV, VL und GP schließen sich

	zur Wahlliste Bündnis 90/Grüne zusammen und erhalten elf Sitze; Gründung einer eigenen parteiunabhängigen Fraktion durch vier Abgeordnete aus NF und VL.	1992 16. Januar Im Bundestag findet die erste Sitzung der Gemeinsamen Verfassungskommission statt.
	1991 11. Januar Erste Sitzung des Gesamtberliner Abgeordnetenhauses; der unabhängigen Fraktion aus NF und VL wird der Fraktionsstatus entzogen.	11. Februar Abgeordnetenhaus von Berlin: Erste Sitzung der Enquete-Kommission zur Verfassungs- und Parlamentsreform
	September Zusammenschluss von IMF, DJ und Teilen des NF zur Partei Bündnis 90	1993 21. April Abgeordnetenhaus von Berlin: Zwischenbericht der Enquete-Kommission zur Verfassungs- und Parlamentsreform
	1993 Mai Zusammenschluss von Bündnis 90 mit den Grünen zur Partei Bündnis 90/Die Grünen; das NF besteht parallel auch als Bürgerbewegung weiter – betrieben von Mitgliedern, die mit der Parteiwerdung nicht einverstanden sind. Diese fortbestehende Bürgerbewegung NF gewinnt noch einzelne Mandate in kommunalen Gremien in Ostdeutschland.	05. November Bundestag: Abschlussbericht der Gemeinsamen Verfassungskommission
		1994 18. Mai Abgeordnetenhaus von Berlin: Schlussbericht der Enquete-Kommission zur Verfassungs- und Parlamentsreform
		09. Juni Abgeordnetenhaus von Berlin: Plenardebatte über die Empfehlungen der Enquete-Kommission
	2013 19. Oktober	10. November Abgeordnetenhaus von Berlin: Erste Lesung

Offizielle Auflösung der VL in Berlin;
einzelne regionale VL-Gruppen bestehen
weiterhin.

des Verfassungsentwurfs von Abgeordneten
der Fraktionen B90/Grüne, SPD und FDP
(Herbst-Initiative) im Abgeordnetenhaus

Die Grüne Liga besteht in den fünf neuen
Bundesländern und Berlin als Netzwerk
Ökologischer Bewegungen fort.

1995
8. Juni
Abgeordnetenhaus von Berlin: Zweite
Lesung des Verfassungsentwurfs im Plenum
mit anschließendem Beschluss
22. Oktober
Berliner*innen stimmen dem Verfassungs-
entwurf per Volksabstimmung zu.
23. November
Verfassung von Berlin tritt in Kraft

